



Ministerium für Bildung | Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung
Herrn Guido Ernst, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz



DIE MINISTERIN

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-41 10
ministerinbuero@bm.rlp.de
www.bm.rlp.de

16. Dez. 2019

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
PuK		Tina Wittmeier Tina.Wittmeier@bm.rlp.de	06131 16 2896 06131 16 172896

32. Sitzung des Ausschusses für Bildung am 4. Dezember 2019
TOP 10: Studie des Regional-Elternbeirats Koblenz
Antrag der CDU-Fraktion nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 17/ 5657

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

gemäß der Zusage in der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 4. Dezember 2019
übersende ich Ihnen anbei meinen Sprechvermerk.

In Vertretung

Hans Beckmann

**Sprechvermerk von Staatssekretär Hans Beckmann
anlässlich der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 4. Dezember 2019**

Vorlage 17/5452; Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT

Betreff: Studie des Regional-Elternbeirats Koblenz

Der Regionalelternbeirat Koblenz hat sich bei seiner Betrachtung mit der Regulierung des temporären Vertretungsbedarfs für das Schuljahr 2017/2018 beschäftigt. Dabei handelt es sich nicht um eine wissenschaftliche Studie.

Grundlage der Datenauswertung des REB sind primär die Vorlagen des Ministeriums für Bildung zum temporären Unterrichtsausfall. Für die Nicht-PES-Schulen wurde der Vertretungsbedarf vom REB für das gesamte Schuljahr hochgerechnet.

Für die PES-Schulen wurden vom REB die bei den Schulen erhobenen Daten der Vorlage verwandt. Deshalb möchte ich am Anfang meines Berichtes gerne das Personalmanagement im Rahmen Erweiterter Selbstständigkeit von Schulen, kurz PES darstellen.

PES gibt es seit dem Schuljahr 2002/2003. Inzwischen nehmen 868 Schulen daran teil, darunter alle weiterführenden Schulen und die meisten Ganztagschulen und Schwerpunktschulen im Primarbereich. Zur Regulierung des temporären Vertretungsbedarfs stehen im aktuellen Haushalt 2019/2020 pro Jahr jeweils 15 Millionen Euro zur Verfügung.

Mit PES erfasst werden die nicht planmäßig erteilten Stunden und die Regulierung durch die Schulen. Dafür haben die Schulen verschiedene Maßnahmen zur Verfügung: Neben organisatorischen Maßnahmen wie der Umorganisation oder selbstbestimmtem Lernen erfolgen Regulierungen insbesondere durch die Einstellung von Vertretungslehrkräften und die Mehrarbeit von vorhandenen Lehrkräften.

Für das Schuljahr 2017/2018 bedeutet das: Von insgesamt 24 Millionen zu erteilenden Stunden der PES-Schulen wurden 2,2 Millionen nicht planmäßig von der vorgesehenen Lehrkraft erteilt. Davon wurden mehr als 1,7 Millionen Stunden reguliert. Es verbleibt ein Anteil von rund 2 % der zu erteilenden Unterrichtsstunden, der tatsächlich ausgefallen ist; das bedeutet, dass die Schülerinnen und Schüler nach Hause geschickt werden mussten.

In seiner Betrachtung interpretiert der REB die Daten anders. Er geht davon aus, dass der komplette Vertretungsbedarf einen Ausfall darstellt, den es durch zusätzliche Lehrkräfte zu beheben gilt. Dabei geht er unter Einbeziehung der Nicht-PES-Schulen von 2,7 Millionen Stunden im Schuljahr oder 3.000 Lehrkräften aus.

Diese Interpretation ist falsch, denn Vertretungsbedarf ist nicht gleich Ausfall. Von den 2,2 Millionen Stunden Vertretungsbedarf bei den PES-Schulen werden über 30 % durch zusätzliche Stunden von Lehrkräften abgedeckt. Und auch Umorganisation oder selbstbestimmtes Lernen sind Regulierungsmethoden, die im Rahmen eines Vertretungskonzeptes der Schulen zur Anwendung kommen.

Übrigens sehen auch andere die Ausführungen des REB kritisch. So gibt es eine Einschätzung des Bildungsbüros des Landkreises Trier-Saarburg, die kurzzeitig auf der Homepage des Landkreises zu finden war. Hier heißt es zu den geforderten Einstellungen – ich zitiere: „Die Schlussfolgerung ist undifferenziert [...] und ignoriert vorhandene/praktizierte Möglichkeiten der Schulen zur Regulierung nicht planmäßig erteilter Unterrichtsstunden“.

Ferner wird ausgeführt: „Das Fazit und die Forderungen werden in einer Brisanz vorgebracht, die der tatsächlichen Sachlage nach unserer Einschätzung eher nicht entspricht“.

Und weiter: „Gerade die Möglichkeit der Regulierung im Rahmen von PES ist eine sehr fortschrittliche und eine der Kompetenz der Schulleitungen vor Ort gerecht werdende Möglichkeit der Vermeidung von Unterrichtsausfall.“

Auch wenn wir die Interpretation des REB Koblenz nicht teilen, ist es unser Anliegen, den temporären Ausfall so weit wie möglich zu verringern. Selbstverständlich wäre es auch aus unserer Sicht am besten, wenn keine einzige Stunde vertreten werden oder ausfallen müsste. Aber auch Lehrkräfte werden einmal krank, gerade in der aktuellen Zeit, wo Erkältungen und Grippewellen um sich greifen. Und genau darauf – und auf nichts anderes – hat sich Frau Ministerin Dr. Hubig mit ihrer Äußerung bezogen. Und deshalb gibt es die PES-Mittel und die weiteren Regulierungsmaßnahmen, die ich bereits genannt habe.

Sie fragen nach Maßnahmen, die wir getroffen haben. Ein geringerer temporärer Unterrichtsausfall setzt voraus, dass die Schulen auch strukturell gut versorgt sind. Denn dann haben sie die Möglichkeit flexibel auf Krankheitsfälle reagieren zu können. Daher ist es uns wichtig, in beiden Bereichen die Versorgung unserer Schulen zu verbessern.

Daher haben wir – und nicht nur in den letzten sechs Wochen – zahlreiche Maßnahmen ergriffen:

Die strukturelle Unterrichtsversorgung in Rheinland-Pfalz ist so gut wie noch nie. Wir sind immer besser geworden – bei den Grundschulen liegen wir sogar über 100 Prozent. Wir haben noch nie so viele Ressourcen ins System gegeben wie heute.

Für dieses und das nächste Jahr haben wir 390 neue Stellen geschaffen. Damit haben wir allein in dieser Legislaturperiode schon 660 neue, zusätzliche Stellen bereitgestellt.

Und wir haben in den vergangenen Jahren – trotz sinkender Schülerzahlen – Stellen für Lehrerinnen und Lehrer im System gelassen, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern, um die Klassengrößen zu verringern und die Schüler-Lehrer-Relation zu optimieren. Und dabei reden wir nicht von zehn oder zwanzig oder hundert Stellen. Wir reden hier von mehreren tausend Stellen.

Im Gegensatz zu nahezu allen anderen Ländern werden wir auch in diesem Schuljahr wieder alle Planstellen besetzen, und zwar mit grundständig ausgebildeten Lehrkräften, nicht wie manch andere Länder mit zahlreichen Seiten- und Quereinsteigern. Zum Vergleich: In Baden-Württemberg blieben zum Schuljahresbeginn 800 Planstellen unbesetzt, in NRW sogar über 4.000 Stellen. In Sachsen-Anhalt konnte nur gut die Hälfte der offenen 1.150 Stellen rechtzeitig zum Schulstart besetzt werden.

Der Anteil der Seiteneinsteiger ist in anderen Bundesländern hoch: In Sachsen-Anhalt waren es zum Schuljahresbeginn 39 Prozent, in Sachsen zwanzig Prozent. In Berlin lag der Anteil der Quer- und Seiteneinsteiger sogar bei fast 60 Prozent.

Wir haben außerdem verschiedene Maßnahmen implementiert, um Vertretungen abdecken zu können. Zum Beispiel mit dem auf 1.500 Stellen ausgebauten Vertretungspool für längerfristige Vertretungen. Mit PES, mit unseren Modellprojekten in Mainz, Koblenz und Ludwigshafen und mit 80 zusätzlichen Stellen für Feuerwehrlehrkräfte im Doppelhaushalt 2019/2020 reduzieren wir den temporären Ausfall.

An berufsbildenden Schulen gibt es zusätzlich das Schulentwicklungsprojekt „Stärkung von Eigenverantwortung, Qualitätsmanagement und Lehr- und Lernkultur (EQuL)“. Hierfür stellt das Land den Schulen 4,3 Millionen Euro bereit. Dieses Budget kann ebenfalls zur Vermeidung von temporärem Unterrichtsausfall verwendet werden. Und EQuL wird auf alle berufsbildenden Schulen ausgeweitet.

Wir haben den temporären Ausfall schon reduziert und werden ihn weiter reduzieren. So wie wir die strukturelle Unterrichtsversorgung eben auch spürbar verbessert haben.

Über die Reduzierung des temporären Ausfalls werden wir selbstverständlich auch mit dem Landeselternbeirat reden. Aber klar ist auch: Eine Schule ganz ohne temporären Vertretungsbedarf gibt es nicht und wird es nicht geben – auch wenn wir uns das alle wünschen.